1. ■ ein nicht volljähriger oder ein handlungsunfähiger Bürger als Prozeßpartei nicht ordnungsgemäß vertreten ist oder wenn eine Prozeßpartei nicht rechtsfähig oder nicht ordnungsgemäß gesetzlich vertreten ist;
4. im arbeitsrechtlichen Verfahren eine angerufene Schiedsstelle für Arbeitsrecht noch nicht entschieden hat;
5. über denselben Anspruch bereits ein Verfahren bei einem inländischen staatlichen oder gesellschaftlichen Gericht eingeleitet ist oder eine rechtskräftige Entscheidung oder eine verbindliche gerichtliche Einigung vorliegt;
8. der Verklagte unter Hinweis auf das Vorliegen einer Schiedsgerichtsvereinbarung die Unzuständigkeit des Gerichts einwendet.

20. § 32 erhält folgende Fassung:

§32

(1) Der Vorsitzende veranlaßt die Zustellung der Klage an den Verklagten und fordert diesen zur Stellungnahme auf. Der Verklagte soll innerhalb der vom Gericht festgelegten Frist zur Klage Stellung nehmen. In der Klageerwiderung soll er seine Anträge steilen, Erklärungen zum Sachverhalt abgeben sowie Beweismittel benennen. Die Klageerwiderung ist zu unterschreiben.

(2) Der Vorsitzende bestimmt den Termin zur mündlichen Verhandlung und ordnet die Ladung der Prozeßparteien an.

(3) In Arbeitsrechts- und Ehescheidungssachen ist die persönliche Teilnahme der Prozeßparteien erforderlich. Auf die persönliche Teilnahme kann verzichtet werden, wenn infolge großen Zeitverlustes, erheblichen Kostenaufwandes oder anderer wichtiger Gründe das Erscheinen besonders erschwert und die Teilnahme entbehrlich ist. In anderen Sachen ist die persönliche Teilnahme anzuordnen, wenn das zur Aufklärung des Sachverhalts oder aus anderen Gründen notwendig ist

21. § 33 erhält folgende Fassung:

§33

(1) Der Vorsitzende hat, soweit das für die Durchführung des Verfahrens erforderlich ist,

1. die Prozeßparteien aufzufordern, innerhalb einer bestimmten Frist Gerichtsgebühren oder Auslagenvorschüsse einzuzahlen, den Sachverhalt zu ergänzen oder Beweismittel anzugeben, einzureichen oder im Termin vorzulegen;
2. Behörden zu ersuchen, dem Gericht Auskünfte zu erteilen oder Urkunden vorzulegen;
3. Behörden und Einrichtungen aufzufordern, Vertreter zur Verhandlung zu entsenden oder, soweit das in Rechtsvorschrift vorgesehen ist, Stellungnahmen abzugeben;
4. Unterlagen oder eine Stellungnahme des in der Sache tätig gewordenen gesellschaftlichen Gerichts oder der Schiedsstelle für Arbeitsrecht anzufordern;
5. Zeugen und Sachverständige zur Verhandlung zu laden;
6. Zeugen aufzufordern, Aufzeichnungen oder Unterlagen einzureichen oder sich unter Versicherung der Richtigkeit schriftlich zu bestimmten Beweisfragen zu erklären, wenn das für die Feststellung des Sachverhalts ausreichend erscheint

(2) Eine Ortsbesichtigung sowie eine Begutachtung durch Sachverständige kann bereits vor der Verhandlung angeordnet und durchgeführt werden. Die Bestimmung des § 54 Abs. 4 ist anzuwenden.

(3) Wurde der Kläger unter Fristsetzung vergeblich zur Mitwirkung am Verfahren aufgefordert und kann deshalb eine Entscheidung über die Sache nicht erfolgen, kann das Gericht %das Verfahren durch Beschluß einstellen. Wird im Laufe des Verfahrens der Wohnsitz oder Aufenthalt des Klägers unbe-

kannt und teilt er danach innerhalb von 3 Monaten seine Anschrift dem Gericht nicht mit, ist das Verfahren durch Verfügung des Vorsitzenden einzustellen. Mit der Einstellung ist das Verfahren beendet.

22. Als § 33a wird eingefügt:

§ 33a

Widerklage

(1) Der Verklagte kann nach Zustellung der Klage Ansprüche gegen den Kläger bis zur abschließenden Stellungnahme durch Erhebung einer Widerklage geltend machen. Auf die Widerklage sind die Bestimmungen über die Klage entsprechend anzuwenden.

(2) Wird in einer Ehesache vom Verklagten in der mündlichen Verhandlung ebenfalls die Auflösung der Ehe beantragt, ist dieser Antrag wie eine Widerklage zu behandeln.

23. § 34 wird durch eine Ziffer 3 ergänzt:

3. über, den in einer Widerklage geltend gemachten Anspruch, der mit dem Anspruch der Klage in keinem tatsächlichen oder rechtlichen Zusammenhang steht, in einem getrennten Verfahren verhandelt und entschieden wird.

24. § 35 erhält folgende Fassung:

§35

Einbeziehung einer weiteren Prozeßpartei

(1) Wird im Verfahren erkennbar, daß die zu erwartende Sachentscheidung Einfluß auf die Rechte und Pflichten eines Dritten gegenüber einer Prozeßpartei haben kann, so kann der Dritte auf Antrag einer Prozeßpartei durch Beschluß des Gerichts als weiterer Verklagter in das Verfahren einbezogen werden.

(2) Bestehen in einem Verfahren zur Feststellung der Vaterschaft begründete Anhaltspunkte dafür, daß die Vaterschaft eines anderen Mannes wahrscheinlicher ist als die des Verklagten, kann der Kläger beantragen, den anderen Mann als Verklagten in das Verfahren einzubeziehen.

(3) Im Einbeziehungsantrag ist der Dritte entsprechend den Erfordernissen einer Klage zu bezeichnen. Der Antrag ist zu begründen.

(4) Der Beschluß über die Einbeziehung muß den Grund der Einbeziehung und Angaben über den Stand des Verfahrens enthalten. Ein dem Einbeziehungsantrag stattgebender Beschluß ist unanfechtbar. Mit seiner Zustellung an den Dritten erlangt dieser die Stellung eines weiteren Verklagten. Erfolgt die Einbeziehung in der zweiten Instanz, ist die Sache unter Aufhebung des Urteils an das Gericht der ersten Instanz zurückzuverweisen. Eine Einbeziehung im Rechtsmittelverfahren darf nicht mehr erfolgen, wenn der für die Entscheidung erhebliche Sachverhalt bereits geklärt ist

(5) Wird über die Rechte und Pflichten zwischen einer Prozeßpartei und dem Dritten entschieden, ist zugleich auch über die Kosten wie in einem selbständigen Verfahren zu entscheiden.

25. § 36 erhält folgende Fassung:

§36

Prozeßbeauftragter

(1) Das Gericht hat zur Wahrung der Interessen einer Prozeßpartei einen Prozeßbeauftragten zu bestellen, wenn